Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 79 (1985)
Heft: 4-5

Artikel: Demokratie in Zentralamerika
Autor: Bäumlin, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143188

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

über den Interessen der Vereinigten Staaten – eigenständigere schweizerische Aussenpolitik ein, deren oberste Richtschnur die internationale Solidarität wäre. Auf Zentralamerika bezogen würde das bedeuten, dass die Schweizer Regierung sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einsetzen, die direkten u n d indirekten Interventionsversuche der Vereinigten Staaten verurteilen, die Entwicklungszusammenarbeit ausbauen und sogar weitere Möglichkeiten der Wirtschafts- und Finanzhilfe für Nicaragua prüfen sowie die Friedensbemühungen der Contadora-Staaten unterstützen müsste.

Gerne hätten wir die Antwort Tim Guldimanns auf die engagierte Stellungnahme von Hansjörg Braunschweig wiedergegeben. Leider verzichtete der Diplomat im EDA darauf, weil er, so Guldimann, nach der Konferenz departementsintern unter starken Druck geraten sei, da seine Erklärungen nicht genau der offiziellen Linie des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten gefolgt seien.

Anlass zur obrigkeitlichen Zurechtweisung Guldimanns durch seine Vorgesetzten gaben seine Äusserungen, wonach die Reaktion des Bundesrates auf die Verminung der nicaraguanischen Häfen durch den amerikanischen Geheimdienst CIA «zu schwach» ausgefallen sei. Der Bundesrat habe damals die Verminung der Häfen lediglich «bedauert», obschon sie vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag vor der Weltöffentlichkeit verurteilt worden sei. Eine härtere Stellungnahme in diesem konkreten Fall hätte seiner Ansicht nach die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Aussenpolitik nicht beeinträchtigt.

Dass eine derart vorsichtige Stellungnahme fast zu einem departementsinternen Krach geführt hat, wirft allerdings kein gutes Licht auf die schweizerische Aussenpolitik gegenüber Zentralamerika.

René Holenstein

Richard Bäumlin

Demokratie in Zentralamerika

Als Delegierter des Solidaritätsfonds für den sozialen Befreiungskampf in der Dritten Welt, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Ständigen Völkertribunals (Sitz in Rom) konnte ich je eine Woche vor und nach den Wahlen vom 4. November in Nicaragua verbringen. Nach der Rückkehr in die Schweiz habe ich die Berichte unserer Medien über diese Wahlen zur Kenntnis genommen. Vor allem gewisse Pressekommentare liessen mich erschrecken: Eine übermächtige Abwehrhaltung hindert viele daran, die wirklichen Verhältnisse und Vorgänge in Zentralamerika auch nur zur Kenntnis zu nehmen, trotz aller verfügbaren Information.

Die Studenten, die nach dem gewaltsamen Durchgriff der Sowjets in Ungarn im Jahre 1956 die «Aktion niemals vergessen» gründeten, hatten es leichter. Ohne weiteres war sozusagen die gesamte öffentliche Meinung auf ihrer Seite. Auch bei späteren Interventionen der Sowjetunion, sei es in der Tschechoslowakei, in Polen oder in Afghanistan, stand unser Urteil jeweils spontan fest, und unsere Landesregierung hat klare Worte gefunden.

Wenn hingegen die Vereinigten Staaten das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füssen treten und sich für schwerste Menschenrechtsverletzungen in Ländern der Dritten Welt mitverantwortlich machen, verhält es sich durchaus anders. Hier hat es sich noch nie darum gehandelt, eine «Aktion niemals vergessen» zu organisieren. Stets müssen wir da viel weiter vorne anfangen, und zwar mit dem Versuch, einer «Aktion

endlich zur Kenntnis nehmen» eine Chance zu geben. Das gilt gerade auch für Zentralamerika, ja für Lateinamerika überhaupt. «Nur Kanada und Europa könnten dem Zugriff der USA auf Lateinamerika Einhalt gebieten» – so hat sich ein lateinamerikanischer Bischof unlängst mir gegenüber geäussert, um dann fortzufahren: «Warum übernimmt Europa so leichtfertig den Machtdiskurs der Vereinigten Staaten? Müsste es doch endlich lernen, die Sprache Lateinamerikas zu verstehen!»

Eine lange Geschichte des menschlichen Elends

Das menschliche Elend und die Konflikte in Zentralamerika haben eine lange Geschichte, die im folgenden nur andeutungsweise nachgezeichnet werden kann. Auf die Unterdrückung und Ausbeutung durch die spanische Kolonialmacht folgte nach 1820 die Herrschaft der von den Kolonisten abstammenden einheimischen Oberschichten (Kreolen), die aber unverzüglich in neue Abhängigkeiten gerieten. Für Jahrzehnte löste die britische Hegemonie die spanische Herrschaft ab. An der Lage der grossen und armen Mehrheit der Bevölkerung änderte die Unabhängigkeit nichts. Ja, um 1870 kam es sogar zu einer Verschlimmerung ihrer Situation, und zwar in der Folge der «liberalen Reformen», die – mehr oder weniger – in allen Ländern Zentralamerikas, ja Lateinamerikas überhaupt, vorangetrieben wurden.

Jetzt setzte sich in den Ländern Zentralamerikas die Kaffee-Monokultur voll durch. Sie wurde durch gezielte Bodenrechtsreformen ermöglicht und gefördert, welche die Konzentration des Grundbesitzes begünstigten und die Indios, die für ihren eigenen und für den lokalen Bedarf produzierten, um den Boden brachten. Arbeitsrechtliche Gesetze begründeten verschiedene Formen von Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft. Die entstehenden «Nationen» waren – mit Ausnahme von Costa Rica, wo sich eine weniger durch Klassengegensätze bestimmte Gesellschaftsstruktur erhielt – Nationen einer Kaffeebourgeoisie, einer kleinen herrschenden Oberschicht, der eine arme, unterdrückte, ungebildete (indianische und mestizische) Mehrheit gegenüberstand.[1] Die Diktatur wurde, meist nur zeitweilig und immer fadenscheinig durch eine repräsentativstaatliche Fassade maskiert, zur üblichen Regierungsform.

Die nationalen Wirtschaften Zentralamerikas entwickelten sich als abhängige Wirtschaften. Sie kennzeichneten sich durch die exportorientierte Agrarproduktion in Monokulturen. Zur Kaffeeproduktion kam später die Produktion von Bananen und Baumwolle. Besonders mit der Einrichtung der grossen Bananenplantagen verschärfte sich die Abhängigkeit. Die «Bananen-Enklaven» – so genannt, weil sie mit vollständigen Infrastrukturen ausgestattet und ausschliesslich auf den zunächst in den USA liegenden Markt orientiert sind und weithin unabhängig von den sie umgebenden sozio-politischen Strukturen existieren –, die um die Jahrhundertwende entstanden, entwickelten sich sozusagen zu Staaten innerhalb der Staaten Zentralamerikas, was sich z.B. in der Herrschaft nordamerikanischer Bananen-Konzerne über das Transportsystem Guatemalas äussern sollte.[2] Die Entwicklung eines Binnenmarkts und erst recht eine wirtschaftliche Entwicklung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit kamen nicht zustande.

Sendungsbewusstsein und imperialer Anspruch der USA

Alt ist auch der imperiale Anspruch der USA auf Lateinamerika im allgemeinen und auf Zentralamerika im besonderen.[3] Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts gelang es den USA mehr und mehr, den vorangegangenen britischen Imperialismus zu verdrängen. Doch hatte z.B. schon Thomas Jefferson den Anspruch der USA im

18. Jahrhundert deutlich angemeldet. Und 1801 schrieb er, inzwischen Präsident der USA geworden, in einem Brief an James Monroe:

«So sehr unsere gegenwärtigen Interessen uns dazu nötigen, innerhalb unserer Grenzen zu verharren, es ist unmöglich, nicht vorauszublicken auf eine ferne Zukunft, in der unsere rapide Vermehrung für eine Ausweitung über die Grenzen hinaus sorgen und der ganze nördliche, wenn nicht auch der südliche Kontinent mit einer Bevölkerung bedeckt sein wird, welche dieselbe Sprache spricht und in ähnlicher Form und von ähnlichen Gesetzen regiert wird.»[4]

Aus diesen Worten Jeffersons spricht das Sendungsbewusstsein der angelsächsischen Kolonisation in Nordamerika, wo die Siedler mit dem Anspruch auftraten, ein «Neues Jerusalem» zu gründen.[5] Zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung der 13 Staaten Neuenglands und nachher wandelte sich dieser Anspruch zum Sendungsanspruch gegenüber aller Welt. Auf dem amerikanischen Kontinent legitimiert dieses Sendungsbewusstsein den Anspruch auf Eroberung und Herrschaft, ja es verdeckt ihn zugleich; denn was sich als Dienst gegenüber den anderen ausgibt, will sich ja nicht als Herrschaft verstanden wissen.

Die Monroe-Doktrin von 1823 («Amerika den Amerikanern») bestätigt den hegemonialen Anspruch gegenüber Lateinamerika. Da eine ernsthafte Interventionsdrohung europäischer Mächte in Südamerika nicht vorliegt, kann der Doktrin primär nur eben diese Bedeutung zukommen[6], was auch Simon Bolivar klar erkennt. Seine Bemühungen um ein *kollektives* panamerikanisches Sicherheitssystem scheiterten nicht nur an der Uneinigkeit der Staaten Südamerikas, sondern auch am hegemonialen Willen der USA.

Der nordamerikanische Herrschaftsanspruch äusserte sich auch in der Ideologie der «Manifest Destiny» (1845), d.h. der offenkundigen schicksalhaften Bestimmung, den Werten, welche die USA gross und stark gemacht haben, in der ganzen Welt zum Durchbruch zu verhelfen.[7] Später fasste Josiah Strong diesen messianischen und unverzüglich zum herrschaftlichen werdenden Anspruch wie folgt zusammen:

«Gott hat zwei Hände. Mit der einen bereitet er in Amerika den Stempel, durch den die Nationen ihre Prägung erhalten, mit der anderen Hand bereitet er die Menschheit darauf vor, diese Prägung zu empfangen.»[8]

Nach dem Abschluss der nordamerikanischen Kolonisation bis zum Pazifik empfahl William Henry Seward (1801–1872), Aussenminister unter Abraham Lincoln und Andrew Johnson, nun statt einer förmlichen eine informelle, indirekte Kolonisation zu verfolgen, d.h. ein kommerzielles Weltreich aufzubauen, das sich auf Verträge, Konsulate und Kanonenboote stützte.[9]

Strukturell bedingte Militärdiktaturen und Interventionen der USA

Doch nun wieder zu Zentralamerika im besonderen! Fast überall – wiederum unter dem Vorbehalt Costa Ricas – blieb die Militärdiktatur die den Verhältnissen entsprechende Regierungsform. Die Diktatur ist also alles andere als ein «Zufall» oder die Folge «fehlender politischer Reife». Die Militärdiktatur ist vielmehr strukturell bedingt. Sie ist die notwendige Regierungsform unter Verhältnissen, in denen der grossen Mehrheit eine fremdbestimmte Entwicklung aufgezwungen wird, die sie in Armut niederhält, vielfach im Zustand der Unterernährung und des Hungers, der hohen Kindersterblichkeit und des Analphabetismus. Stets wurde der Wille nach Reformen unterdrückt. 1930, zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, wurden nach einem Aufstand in El Salvador 30'000 Campesinos umgebracht.

Besonders instruktiv ist das Schicksal Guatemalas, das von 1944 bis 1954 eine demokratische Zwischenzeit erlebte, zu-

erst unter dem Präsidenten Juan José Arévalo, nachher unter Jacobo Arbenz. 1954 wurde Arbenz durch einen von den USA aus gesteuerten und unterstützten Putsch gestürzt. Wie ist es dazu gekommen? Arbenz verfolgte eine Politik der nationalen Unabhängigkeit, auch gegenüber den imperialistischen Ansprüchen der USA. Um der Abhängigkeit des Landes in der Exportwirtschaft besser zu begegnen, strebte er eine bessere Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion an. Im politischen System wurde die freie Gründung von politischen Parteien und Gewerkschaften gestattet, und gesellschaftlich sollte der rechtliche Status der Indios verbessert, ihr kulturelles Erbe geschützt werden. Als besondere Provokation galt dem US-Kapital die von Arbenz in die Wege geleitete Agrarreform, die die Expropriation brachliegenden Landes ermöglichte. Davon besonders betroffen war die United Fruits Company, die über riesige Landreserven verfügte, die sie zu günstigsten Preisen erworben hatte. Unschwer gelang es der Gesellschaft, im damaligen US-Aussenminister John Foster Dulles einen Verbündeten zu finden, war doch dieser während Jahren als ihr Firmenanwalt tätig gewesen, während sein Bruder, Allan Dulles, ehemals Direktor der Gesellschaft, inzwischen zum Chef der CIA aufgestiegen war. Doch wäre es nicht angebracht, die Intervention der USA ausschliesslich auf die Lobby der United Fruits Company zurückzuführen. Auch andere Kreise der nordamerikanischen Wirtschaft waren an einer Intervention interessiert.[10] So ist die Intervention in Guatemala von 1954 nicht nur ein exemplarischer Fall der amerikanischen Politik gegenüber Lateinamerika, sondern zugleich auch ein Musterbeispiel für die Verfilzung von Politik und Wirtschaft innerhalb der USA.

Vor und nach diesen Ereignissen in Guatemala folgte in Nicaragua eine US-Intervention der anderen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts suchte Präsident Zelaya die Beziehungen zu Europa, insbesondere zu Grossbritannien, auszubauen, um dem hegemonialen Druck der USA zu begegnen. Das führte zu einer Besetzung Nicaraguas durch nordamerikanische Marineinfanteristen und zum Sturz Zelayas, auf den eine USA-hörige Regierung folgte. Die Zolleinnahmen Nicaraguas wurden an die USA verpfändet, die gleichzeitig die Kontrolle über Nicaraguas Nationalbank übernahmen. Das Land wurde sozusagen zum Protektorat der USA. Seit 1927 führte Augusto César Sandino einen Guerillakrieg gegen die Besatzungsmacht, die ihre Truppen nach dem Aufbau einer Nationalgarde unter Somozas Führung im Jahre 1932 zurückzog. Im folgenden Jahr wurde Sandino in einen Hinterhalt gelockt und ermordet. Damit etablierte sich die somozistische Diktatur für fast ein halbes Jahrhundert.

Bewusstseinsbildung durch die Theologie der Befreiung

Nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders im Verlauf der sechziger Jahre, kam es in Zentralamerika, vor allem in El Salvador, zu wirtschaftlichen Modernisierungs- und Industrialisierungsprozessen. Nun wurde der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt geschaffen. Das Gesamtergebnis blieb enttäuschend. Gefördert wurde der gehobene Konsum, und vor allem entsprach die Entwicklung weniger den nationalen als den ausländischen Kapitalinteressen, insbesondere denjenigen der nordamerikanischen Firmen. Der erwartete Beschäftigungseffekt blieb aus. So wirkte sich der Gemeinsame Markt auf den Lebensstandard der grossen Bevölkerungsmehrheit insgesamt nachteilig aus.[11]

Zur selben Zeit begann indessen auch ein Prozess der Bewusstseinsbildung in den Unterschichten. Es entstanden neue politische Parteien christdemokratischer und sozialdemokratischer Tendenz, die sich eine Basis in den Mittelschichten suchten.[12] Die Bewusstseinsbildung war

aber auch das Werk gewerkschaftlicher Arbeit, die sich beschränkte Freiräume zu schaffen vermochte, sowie der Universitäten und der Kirche. In Guatemala verstärkte sich seit Beginn der siebziger Jahre auch die Solidarität zwischen der Arbeiterbewegung und den Indios.

Gerade in Zentralamerika gingen von der Theologie der Befreiung starke Impulse aus, die in Basisgemeinden wirksam wurden. Viele Christen übernahmen Aufgaben als freiwillige Helfer in der Sozialarbeit, auch als Laienkatecheten. In dieser Arbeit wurde auch die Alphabetisierung gefördert.

In den westlichen Industrieländern wird die Theologie der Befreiung immer wieder als marxistisch-leninistische Ideologie befehdet. Die Ideologie des Neokonservativismus in den USA sucht sie als besonders gefährlichen Feind dinghaft zu machen.[13] Was ist von diesen Vorwürfen zu halten? Die Lehre von Marx wird als Mittel zur Analyse der in Zentralamerika herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse verwendet, wozu sie in der Tat gut taugt. Eine Gesellschaft, die im härtesten Sinne des Begriffs eine Klassengesellschaft ist, in der eine kleine Minderheit in der Allianz mit ausländischem Kapital die weit überwiegende Mehrheit ausbeutet und sie mit Methoden härtester Repression unterdrückt, wird eben in ihrer Systemlogik von der marxistischen Klassenanalyse adäquat erfasst und sichtbar gemacht. Indessen sind die *Motivation* und die *Inhalte* der Befreiungstheologie nicht marxistisch, schon gar nicht orthodox-marxistisch, sondern eben christlich, und zwar im Sinne eines Christentums, das sich nicht darauf beschränkt, die Armen und Unterdrückten mit dem Hinweis auf ein besseres Leben nach dem Tod zu vertrösten, vielmehr im Sinne eines Christentums, das seine Verantwortung gegenüber dem Nächsten gerade auch i n dieser Welt wahrnimmt.[14]

Die Theologie der Befreiung will Zeichen der Hoffnung hier und jetzt setzen, und zwar so, dass es die Armen wirklich zu spüren bekommen. Das setzt tiefgreifende Reformen voraus, zuallererst eben eine Gesellschaftsanalyse, die den sozialen Missständen auf den Grund zu gehen versucht. Eben diese Analyse ist für die westlichen Industrienationen wie für die zentralamerikanischen Oligarchien unbequem, da sie den Zusammenhang zwischen Armut und Unterdrückung, aber auch den Zusammenhang zwischen Prozessen zunehmender Verelendung einerseits und der (zwangsweisen) Integration von Entwicklungsländern in den «freien» Weltmarkt andererseits blosslegt. Gerade christliche Verantwortung hat indessen, will sie ernsthaft sein, allen Grund, von einer wissenschaftlichen Analyse der strukturellen Gegebenheiten auszugehen. Nur so kann sie den Nächsten in der Situation wahrnehmen, in der er sich wirklich befindet. «Verantwortung», die diese Analyse scheut, verfällt den Fehlwegen des folgenlosen Moralisierens oder der Resignation.

Staatsterror und Wahlfarcen in El Salvador und Guatemala

Auch die Entwicklung während der allerletzten Jahre kann hier nur mit wenigen Hinweisen skizziert werden. In Nicaragua siegt im Juni 1979 die Sandinistische Revolution gegen den Somozismus, womit sie eine Chance für die Demokratie in Zentralamerika eröffnet. Im Oktober 1979 wurde in El Salvador nach dem Putsch der «Jungen Offiziere» eine neue Regierung gebildet, die den Aktivitäten der Todesschwadronen, den Mordtaten, den Entführungen und der Folter ein Ende bereiten und soziale Reformen einleiten wollte. Insbesondere stand eine Agrarreform auf dem Programm, welche die Herrschaft der legendären «vierzehn Familien» brechen oder wenigstens mildern sollte. Doch liessen sich diese Pläne nicht verwirklichen. Vom Oktober bis zum Dezember 1979 wurden durch die extreme Rechte 700 Menschen ermordet. Die Vorherrschaft der Oligarchie

blieb unversehrt, und zum Jahreswechsel 1979/80 traten die reformwilligen Minister zurück, unter ihnen der Christdemokrat Ruben Zamora und der Sozialdemokrat Guillermo Ungo. Im Herbst 1980 gründeten die beiden die «Demokratische Revolutionäre Front», und zur selben Zeit schlossen sich die verschiedenen Guerilla-Organisationen zur «Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti» zusammen, deren Sieg bis heute nur durch massive Finanz- und Militärhilfe der USA aufgehalten werden konnte.

Im März 1982 kam auch in Guatemala eine militärische Junta an die Macht, die Reformen versprach. Rios Montt, der aus dem Putsch als Staatschef hervorging, Mitglied einer fundamentalistischen nordamerikanischen Sekte, sagte der Korruption den Kampf an. In Wirklichkeit sollte sich die Situation des guatemaltekischen Volkes aber nochmals verschlimmern. Der Terror weitete sich aus und richtete sich gegen Gewerkschafter, gegen die Universitäten, gegen Lehrer und vor allem gegen die Indios, die in Guatemala mehr als die Hälfte, vielleicht etwa zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen. Besonders im Bergland begannen die militärischen Einsätze, denen die Bevölkerung ganzer Dörfer zum Opfer fiel, auch Alte, Frauen und Kinder. Es entspricht dies der von den USA seit dem Vietnam-Krieg entwickelten Strategie der Aufstandsbekämpfung (counter-insurgency-strategy), die den Rückhalt der Guerilla in der Zivilbevölkerung zerstören soll. Die männliche indianische Bevölkerung muss fortan in Zivilpatrouillen Überwachungsaufgaben erfüllen. Wie wenig man jedoch den zwangsrekrutierten Patrouillen traut, zeigt sich schon daran, dass sie kaum bewaffnet sind.

Aus ihrer traditionellen Lebensweise herausgerissen, werden Indios zur Niederlassung in «strategischen Dörfern» gezwungen, wo sie u.a. Arbeiten für die Armee (Bau von Strassen in entlegenen Gebieten usw.) verrichten müssen. Auch hier werden Strategien aus der Zeit des Vietnam-Krieges übernommen und – teils mit Hilfe Israels – weiterentwickelt. Ein Regierungssprecher unter Rios Montt hat den Indio zum «Hindernis für den Fortschritt» erklärt. Er steht mit seiner traditionellen Lebensweise der Modernisierung, wie sie den Interessen der einheimischen Oligarchie und des ausländischen Kapitals entspricht, entgegen. So wird ihm das Recht auf Leben abgesprochen. Die Feststellung des «Ständigen Völkertribunals», in Guatemala seien Prozesse des Ethnozids und des Genozids im Gange, ist daher nicht übertrieben.[15]

Im Sommer 1983 wurde Rios Montt, dessen Repressionspolitik inzwischen weltweit Aufsehen und Kritik erregt hatte, gestürzt und, wie es scheint im Einvernehmen mit den USA, durch Mejía Victores ersetzt, der als bisheriger Verteidigungsminister freilich für die Massaker zur Zeit der Diktatur Rios Montts mitverantwortlich ist. Auch unter Mejía Victores dauert die Repression fort, vorerst, wie es scheint, mehr in der Form von gegen einzelne Personen gerichteten Aktionen, spätestens seit 1984 wiederum mit Massakern gegen ganze Dorfbevölkerungen, wobei es der Diktatur besser gelingt, die Geschehnisse gegenüber der Weltöffentlichkeit abzuschirmen.

Im Jahre 1984 fanden in drei zentralamerikanischen Staaten Wahlen statt. Aus den Präsidentschaftswahlen in El Salvador vom 25. März ging Napoleon Duarte als Sieger hervor. Guatemala wählte am 1. Juli die 88 Mitglieder einer verfassunggebenden Versammlung, und am 4. November wurden in Nicaragua der Staatspräsident, der Vizepräsident sowie die Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung gewählt. Die Wahlen in El Salvador und Guatemala einerseits und die Wahlen in Nicaragua anderseits unterscheiden sich in signifikanter Weise. Die Wahlen in El Salvador und in Guatemala verfolgten, von den

USA angeregt, vor allem den Zweck, den Regierungen dieser beiden Länder vor den Augen der Weltöffentlichkeit eine bessere Legitimität zuzuführen. In beiden Ländern konnte sich die Linke (mit Einschluss der Sozialdemokraten und der nicht zur Zusammenarbeit mit der Militärdiktatur bereiten Christdemokraten) nicht an den Wahlen beteiligen. Ihre Teilnahme wäre nach dem Urteil verschiedener Menschenrechtsorganisationen angesichts des andauernden Terrors selbstmörderisch gewesen. In keinem der beiden Länder war das Wahlgeheimnis gewährleistet, und nach dem Urteil verschiedener neutraler Beobachter herrschten in El Salvador wie in Guatemala am Wahltag in und vor den Wahllokalen chaotische Zustände. Auch der Druck der Armee auf den Ablauf und das Resultat der Wahlen steht fest.[16] All dies hält die Reagan-Administration nicht davon ab, die Wahlen in El Salvador und in Guatemala als Meilensteine auf dem Weg zur Demokratie zu preisen.

Nicaragua auf dem Weg zu einer verfassungsrechtlich geordneten Demokratie . . .

In Nicaragua fanden die Wahlen nach einer sorgfältigen Vorbereitung statt, an der sich auch europäische Länder, insbesondere Schweden, Frankreich und Spanien, beteiligt hatten, indem sie Experten oder Material (Papier, Computeranlagen) zur Verfügung stellten. Das Wahlgesetz Nicaraguas, das nach Protesten der Rechten noch zu Gunsten kleinerer Parteien revidiert wurde, fand die Anerkennung verschiedener Sachkundiger des Auslandes. Die in der «Coordinadora Democratica» zusammengeschlossene Opposition verantwortet ihre Nichtbeteiligung selbst, da sie Bedingungen stellte, die zum vornherein nicht angenommen werden konnten, insbesondere die Bedingung, es sei im Hinblick auf die Wahlen auch der Dialog mit den «Contras», d.h. mit der von aussen gesteuerten und finanzierten Gegenrevolution, aufzunehmen. Trotz des von seiten der USA auf einzelne Parteien geübten Druckes beteiligten sich schliesslich sieben Parteien an den Wahlen. Innerhalb der Unabhängigen liberalen Partei kam es freilich kurz vor dem Wahltag zum Bruch. Ihr Präsidentschaftskandidat zog sich im Einvernehmen mit der Mehrheit des leitenden Parteigremiums von den Wahlen zurück. Der Kandidat für die Vizepräsidentschaft und die Kandidaten für die verfassunggebende Versammlung hingegen hielten an ihrer Kandidatur fest.

Zu Beginn des Wahlkampfes ereigneten sich Unregelmässigkeiten, sandinistische Druckversuche in verschiedener Form, die jedoch nach dem Urteil verschiedener Beobachter und auch nach Auffassung führender Politiker der am 4. November unterlegenen Parteien keineswegs typisch für das Gesamtbild des Wahlkampfes sind. Der Wahlkampf wurde mit harten Argumenten geführt, und in den Medien konnten alle beteiligten Parteien zu Wort kommen. Am Wahltag war das Wahlgeheimnis nach dem Urteil zahlreicher Beobachter strikte gewährleistet. Abgesehen von einzelnen Aktionen der Contras im Norden des Landes verlief der Wahlvorgang ungestört und in würdiger Form. An der Korrektheit der Ermittlung der Wahlergebnisse, die ebenfalls von ausländischen Beobachtern verfolgt worden ist, kann kein Zweifel bestehen.[17]

Trotz aller Versuche der US-Propaganda, die nicaraguanischen Wahlen zum voraus zu delegitimieren, befindet sich Nicaragua heute auf dem Weg zu einer verfassungsrechtlich geordneten Demokratie. Nicht bloss gute Absichten, sondern auch günstige Voraussetzungen sind schon heute vorhanden. Der von der gegnerischen Propaganda erhobene Totalitarismus-Vorwurf geht fehl. Der Pluralismus im Bereich von Weltanschauung und Religion ist eindeutig gegeben. Gewiss gibt es im sandinistischen Führungskreis auch Marxisten, jedoch kaum solche orthodoxer Observanz. Gerade

im Kreis der sandinistischen Führung finden sich auch überzeugte Christen. Um von den Brüdern Cardenal und vom Aussenminister d'Escoto zu schweigen, sei bloss der im Ausland als Scharfmacher verschriene Tomás Borge erwähnt, der sich bei näherem Zusehen als bibelkundiger und durchaus differenziert denkender Laientheologe erweist.[18]

Auch der politische Pluralismus ist anerkannt, was sich aus der Mehrzahl der zugelassenen und an den Wahlen beteiligten Parteien ergibt. Der in der europäischen Presse geäusserte Vorwurf, die Unabhängige liberale Partei sei «Sandinisten-hörig» geht am wirklichen Sachverhalt vorbei. Diese Partei vertritt z.B. in der Frage des Privateigentums an Produktionsmitteln einen Standpunkt, der von demjenigen der Sandinisten durchaus abweicht. Ihre Programmatik lässt sich als «sozial-liberal» umschreiben. Mit den Sandinisten geht sie einig in der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegenüber äusserer politischer und ökonomischer Macht. Die kommunistische Partei Nicaraguas stellt eine praktisch bedeutungslose Minderheit dar. Interessant war es, während des Wahlkampfes festzustellen, dass die Kommunisten den Sandinisten deren Bereitschaft zum Pluralismus und zur Zusammenarbeit mit Christen zum Vorwurf machten.

... zu einer «gemischten Wirtschaft»...

Nicaragua verfolgt aber auch im Bereich der Wirtschaft ein pluralistisches Konzept, und zwar in der Gestalt der «gemischten Wirtschaft». Freilich ist dieser Begriff umstritten. Steht die «gemischte Wirtschaft» in westlichen Industriestaaten unter dem Vorzeichen der kapitalistischen Wirtschaftsweise (wobei der Staat Infrastrukturen zur Verfügung stellt, die nicht gewinnbringend verfügbar zu machen sind, die Landwirtschaft unter ein Sonderstatut stellt, Massnahmen einer systemimmanenten Globalsteuerung usw. trifft), so soll in Nicaragua die privatwirtschaftliche Tätigkeit in eine gemeinwohlorientierte Gesamtstrategie integriert werden. Diese versteht sich als eine sozialistische, wobei jedoch der angestrebte Sozialismus erst noch im einzelnen konkretisiert werden muss. Das geschieht in Nicaragua auf durchaus undoktrinäre Weise.

Verstaatlicht wurde der Besitz der Familie Somoza und ihrer engsten Anhängerschaft. Nach wie vor überwiegt der privatwirtschaftliche Sektor, der sich freilich in eine gesamtnationale Rahmenplanung einzufügen hat, die sich am Ziel der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung (Nahrung, Gesundheit, Wohnung, Schule) orientiert. Die Fortschritte, die dabei verwirklicht werden konnten, werden auch von Gegnern der Sandinisten anerkannt. Von dogmatischen Verstaatlichungsprogrammen ist man abgekommen. Immer wird der Pragmatismus der sandinistischen Führung sichtbar, auch ihre Lernfähigkeit.

In der Landwirtschaft wird besonders das Genossenschaftswesen gefördert. Auch traditionelle Formen indianischen Kollektivbesitzes werden anerkannt. Das Programm der Agrarreform strebt für die Grundnahrungsmittel die Unabhängigkeit von Importen an. Rohstoffe (insbesondere Baumwolle und Leder) sollen in Zukunft vermehrt im eigenen Land verarbeitet werden.[19] In den letzten Jahren wurden sodann verschiedene Projekte der Wiederaufforstung, z.B. südlich von Managua und im Gebiet von Matagalpa, in Angriff genommen. Im Jahre 1983 verwendete die Regierung 86 Millionen von insgesamt 400 Millionen Dollar verfügbarer Devisen für diese Vorhaben. Angesichts des extremen Devisenmangels in der heutigen Kriegswirtschaft sind diese Projekte aber gefährdet.

... und zur Verwirklichung der Menschenrechte

Wie verhält es sich mit der Achtung der Menschenrechte in Nicaragua? Die Hal-

tung der Reagan-Administration ist zynisch. Während sie immer wieder Fortschritte in El Salvador und Guatemala behauptet und den dortigen Regierungen guten Willen bescheinigt, obwohl in beiden Ländern schwerste Menschenrechtsverletzungen andauern (politischer Mord, Folter, Entführungen, in Guatemala nach wie vor auch Massaker an Dorfbevölkerungen), erhebt sie schärfste Vorwürfe gegenüber Nicaragua, obschon dieses Land – zwar längst nicht makellos – im Vergleich mit den andern Ländern Lateinamerikas gut dasteht. Gewiss haben die Sandinisten gegenüber den Indianern der Atlantikküste, insbesondere gegenüber den Miskitos, anfänglich schwere Fehler begangen, die inzwischen ausdrücklich zugestanden worden sind. Die vor allem von seiten der USA erhobenen Vorwürfe des Genozids sind jedoch eindeutig widerlegt worden.[20] Vieles, was den Sandinisten als Genozid oder doch als Ethnozid angekreidet wird – die arrogante Verfügung über das Schicksal der Urbevölkerung – geschieht andernorts völlig unbeachtet und jedenfalls unkritisiert. Die Aufgabe, die nationale Identität Nicaraguas und zugleich eine so oder so umschriebene Autonomie der Bevölkerung der Atlantikküste herzustellen, wird freilich auch in Zukunft noch schwierige Probleme mit sich bringen. Zu denken ist da an die Tatsache, dass die indianische Bevölkerung in einer rohstoffreichen Region siedelt – ein Umstand, der anderswo das Ende der Urbevölkerung bedeutet hat (in den USA, Australien, Brasilien. . .)!

Gewiss ist in Nicaragua die Pressefreiheit beschränkt, wobei sich die Vorzensur vor allem gegen die Zeitung «La Prensa» richtet. Jedes einigermassen sachgerechte Urteil hat indessen in Rechnung zu stellen, dass sich Nicaragua faktisch im Kriegszustand befindet. Auch die Schweiz konnte während des Zweiten Weltkrieges nicht auf eine Zensur verzichten. Was «La Prensa» betrifft, so scheint sie in den teils von aussen geleiteten Strategien zur Destabilisierung des eigenen Landes eine ähnliche Rolle zu spielen wie seinerzeit «El Mercurio» während der Präsidentschaft Allendes in Chile. Dabei folgt sie Agitationsrezepten, die u.a. vom Nordamerikaner Claudio Durán entwickelt worden sind.[21] Zu beachten bleibt, dass «La Prensa» heute völlig zu Unrecht vom Ansehen zehrt, das sich ihre Redaktion durch mutige Kritik zur Zeit der somozistischen Herrschaft erworben hatte, wurde doch die damalige Redaktion der Zeitung bald nach dem Sieg der Sandinisten durch rechtsgerichtete Journalisten ersetzt. Die meisten Mitglieder der ehemaligen Redaktion sind heute für die neugegründete Tageszeitung «El Nuevo Diario» tätig. Soviel zur Pressezensur! Wie alle Zensurbehörden reagieren auch diejenigen Nicaraguas zuweilen unverhältnismässig und dumm, wie überhaupt Dummheit und Sturheit, verkleidet als Grundsatztreue, ein Attribut zensorischer Bemühungen sind (so notwendig Informationsbeschränkungen unter ausserordentlichen Umständen sein mögen).

Zur Kritik geben auch gewisse Verhältnisse im Gerichtswesen Anlass, besonders im Hinblick auf die antisomozistischen «Tribunales populares». Die Übersetzung stellt ein linguistisches Problem, denn diese «Volksgerichte» haben mit einem «Volksgerichtshof» Freislers zur Nazizeit wirklich nichts zu tun! Auch in der Justiz fehlt es wie in fast allen Sektoren an qualifiziertem Personal. Mit Somoza verschwanden auch die zugleich formalistischen und korrupten Richter, und nach dem Sturz Somozas ist es nicht gelungen, sofort eine grundlegende Justizreform zu verwirklichen. Immerhin sucht die sandinistische Führung Fehler im Justizwesen durch eine sehr weitherzige Handhabung des Begnadigungsrechts zu korrigieren, und nach Amnesty International gibt es «Beweise für die behördliche Untersuchung behaupteter

Fälle von Misshandlungen sowie für die strafrechtliche Verfolgung von Angehörigen des zivilen und militärischen Staatssicherheitsdienstes»[22].

Gewisse Vorwürfe der antisandinistischen «Ständigen Menschenrechtskommission Nicaraguas» – sie steht in enger Beziehung zur rechtsgerichteten katholischen Hierarchie und (höchstwahrscheinlich) auch zur Botschaft der USA – wären gerade nach den in der Schweiz herrschenden Auffassungen unbegründet, so etwa die These, die von den Sandinisten eingeführte allgemeine Wehrpflicht verstosse gegen die Religionsfreiheit. Die Ausgestaltung des Schulrechts, das Privatschulen gestattet, diese jedoch einer staatlichen Aufsicht unterstellt und die Eltern der Schüler für die Kosten des Unterrichts in Privatschulen aufkommen lässt, entspricht in den Grundsätzen dem schweizerischen Schulrecht. Wer Nicaragua in den soeben erwähnten Punkten kritisiert, übersieht auch, dass nach bisheriger Erfahrung noch keine Demokratie darauf verzichtet hat, Armee und Schule als Sozialisationsagenturen der Nation zu verstehen!

Unverminderter Druck der USA auf Nicaragua

Der Druck der USA auf Zentralamerika hält unvermindert an. Die Militärdiktatur Guatemalas kann sich nur auf Grund der durch die USA und ihre Statthalter, etwa Israel und Chile, geleisteten Unterstützung halten. Ob die Präsidentschaftswahlen und die Parlamentswahlen von 1984 und 1985 in El Salvador etwas an der faktischen Vorherrschaft der Militärs ändern werden, bleibt einstweilen ungewiss. Honduras nähert sich faktisch dem Zustand einer nordamerikanischen Militärkolonie, und in Costa Rica mehren sich die Anzeichen einer beginnenden Militarisierung.

Der Druck auf Nicaragua äussert sich auf allen Ebenen, politisch, militärisch und wirtschaftlich. Im Frühjahr 1985 wird die Zahl der durch die USA, teils durch Vermittlung von Drittstaaten, unterstützten Contras auf 12'000 geschätzt. Die Tätigkeit dieser «Freiheitskämpfer» – nach seiner Wiederwahl hat Präsident Reagan sie mit den «Gründungsvätern» der USA verglichen! – richtet sich vor allem gegen die Zivilbevölkerung und gegen soziale Errungenschaften, mit denen die Sandinisten die Situation der armen Bevölkerung zu verbessern suchten, gegen Kooperativen, gegen Gesundheitszentren, gegen Lebensmittellager; denn Nicaragua darf nicht zum Modell einer besseren Gesellschaft in Zentralamerika werden! Die Zahl der Opfer – sie gehören weit überwiegend der Zivilbevölkerung an – übersteigt inzwischen die Zahl von 7'000.

Einen Höhepunkt erreichte der Druck der USA auf Nicaragua etwa in der auf die Wahlen vom 4. November folgenden Woche. Damals jagten sich Nachrichten aus zuverlässigen Quellen (etwa aus dem in den USA domizilierten, wohlinformierten Council on Hemisferic Affairs), die eine direkte militärische Intervention befürchten liessen. Aus Ford Bragg, wo die in Grenada eingesetzte Luftlandedivision stationiert ist, wurde eine erhöhte Truppenaktivität gemeldet. Wie vor der Intervention in Grenada wurden die in der Nähe gelegenen Spitäler aufgefordert, sich für die Aufnahme von Kriegsverletzten bereit zu machen. Tag für Tag war über Managua der Überschallknall eines nordamerikanischen Spionageflugzeugs zu vernehmen, und vor Puerto Corinto demonstrierten Kriegsschiffe die militärische Überlegenheit der Grossmacht im Norden.

Wie rechtfertigen die USA ihre Politik der Destabilisierung Nicaraguas? Zunächst wird die Ideologie der «nationalen Sicherheit» beschworen. Mit geopolitischen Argumenten wird behauptet, Zentralamerika sei vital für die Sicherheit der USA. Die Ideologie der «nationalen Sicherheit» erklärt Zentralamerika zum «Hinterhof» der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Damit wird

Zentralamerika zum blossen Objekt der Interessen der USA herabgesetzt und das Selbstbestimmungsrecht der zentralamerikanischen Staaten negiert.

Allgemein bekannt ist die These der USA, die Krise Zentralamerikas sei eine Folge kommunistischer Infiltration und Subversion, des sowjetisch-kubanischen Machtstrebens auf dem amerikanischen Kontinent. Diese These setzt sich über die tiefgreifenden endogenen Konfliktursachen in Zentralamerika hinweg: die extreme Ausbeutung der grossen Mehrheit der Bevölkerung, eine Ausbeutung die sich nur mit radikalen Methoden der Repression aufrechterhalten lässt. Auch der Kissinger-Report hat an diesem Zerrbild nichts Wesentliches geändert. Zwar räumt der Bericht ein, es seien in Zentralamerika an sich endogene Ursachen gesellschaftlicher Konflikte vorhanden, ja er geht sogar soweit, zu sagen, die USA hätten eigenständige revolutionäre Bewegungen in Zentralamerika hinzunehmen.[23] Doch bleibt dies folgenlos, weil allen revolutionären Bewegungen Zentralamerikas die Eigenständigkeit bestritten wird.

Unbewiesen sind die Behauptungen, Nicaragua liefere den Aufständischen in El Salvador Waffen. Irgendwie ins Gewicht fallende Waffenlieferungen sind schon deshalb höchst unwahrscheinlich, weil der Golf von Fonseca, über den sie allenfalls ausgeführt werden könnten, einer totalen Kontrolle durch die USA untersteht. Die Vorschläge Nicaraguas an die USA, gemeinsame Kontrollen durchzuführen, blieben unbeantwortet. Auch die Erklärung der Sandinistischen Regierung, sie werde in keiner Weise den Ausbau Nicaraguas zu einer sowjetischen Basis zulassen, wird einfach nicht zur Kenntnis genommen. Dass dahingehende Versuche der UdSSR mittels der modernen Erkundungstechniken sofort festgestellt werden könnten, liegt auch auf der Hand.

Noch eine kurze Bemerkung zu den Friedensbemühungen der Gruppe der Contadora-Staaten für Zentralamerika! Nicaragua war bereit, den bereinigten Plan zu einer Befriedung anzunehmen. Doch scheiterte dieser vor allem an den USA, am Druck, den sie auf Guatemala, El Salvador, Costa Rica und Honduras ausübten. Dieser Druck wurde um die Zeit der nicaraguanischen Wahlen vom 4. November 1984 aus Kreisen der nordamerikanischen Administration offen zugegeben. Eine Entmilitarisierung Zentralamerikas müsste ja auch die offenen und die verdeckten Militärdiktaturen der Region zu Fall bringen, und die USA hätten ihre Militärstützpunkte zu räumen, was mit ihrem Herrschaftsanspruch über die Region unvereinbar wäre. Wie schon zur Zeit Simon Bolivars zeigt es sich auch heute, dass die USA nicht bereit sind, kollektive Sicherheitssysteme zu akzeptieren, die ihre eigene Handlungsfreiheit – und damit den Hegemonieanspruch – irgendwie beschränken könnten.

«Totalitär» ist der Herrschaftsanspruch der USA

Ich komme zum Schluss. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker Zentralamerikas ist verletzt. **Ihr** Anspruch darauf, ihre sozio-ökonomische und kulturelle Entwicklung selber zu bestimmen, wird missachtet. Recht auf Selbstbestimmung müsste ja auch das Recht auf Differenz bedeuten, das Recht anders zu sein, politisch und wirtschaftlich eigene Wege zu gehen, das Recht, gegebenenfalls auch überlieferte Strukturen und Traditionen – etwa der Indios in Guatemala! – zu bewahren. Der Herrschaftsanspruch der USA anerkennt indessen kein Recht auf Differenz. Er meldet sich auf allen Gebieten an, militärisch, politisch, wirtschaftlich und ideologisch. Zum «american way of life» gibt es keine zulässige Alternative. Darum ist der Herrschaftsanspruch der USA alles andere als «pluralistisch», in seiner Tendenz vielmehr, weil total, eben «totalitär».

Ich habe im Vorangehenden bewusst nicht von der Person des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan gesprochen. Wenn Menschen, die in Zentralamerika von Akten der Repression betroffen sind, die Aggressivität der USA in der Person Reagans personifizieren – «Reagan hat meinen Sohn (ein Opfer der Contras in Nicaragua) getötet» –, so mag diese Reaktion nachfühlbar sein. Doch stehen derartige Personifizierungen einer gründlicheren Analyse eher im Wege. Freilich wurde im Umkreis Reagans eine besonders aggressive Ideologie entwickelt, wie sie etwa im Text des Komitees von Santa Fé vorgestellt wird. Die hier vorgetragenen Richtlinien für eine interamerikanische Politik der achtziger Jahre nehmen an, der Dritte Weltkrieg habe schon begonnen. Sie gehen von einem radikalen Freund-Feind-Schema aus, wie es z.B. schon in der Ideologie des Nationalsozialismus vertreten worden ist. Sie befürworten den kompromisslosen ideologischen Krieg gegen jedes ihnen nicht konforme Denken, innerhalb und ausserhalb der Grenzen des eigenen Landes. Trotz allem ist eine Personifizierung der nordamerikanischen Aggressivität in der Person Reagans nicht nur unangemessen, sondern auch gefährlich, weil sie letztlich verharmlost. Es ist nicht sicher, dass sich die Politik einer demokratischen Regierung in den USA von der republikanischen eines Reagan wesentlich unterscheiden würde. Wahrscheinlich wäre ein Stilwandel zu verzeichnen. Gäbe es aber auch eine Wende in der Zielsetzung? Hier sind einige Zweifel angebracht, blieben doch selbst der Menschenrechtspolitik Carters enge Grenzen gezogen. Sie richtete sich vorab gegen die Sowjetunion. Lateinamerikanische Militärdiktaturen wurden durch Carters Menschenrechtspolitik verunsichert, aber nicht erschüttert. Und jedenfalls hat sich der Hegemonieanspruch der USA gegenüber Lateinamerika als geschichtliche Konstante erwiesen, unabhängig davon, ob jeweils demokratische oder republikanische Präsidenten am Ruder waren.

Mitverantwortung auch der Schweiz

Schliesslich wäre es zu billig, einzig die USA auf die Sünderbank zu verweisen. Neben der direkten und indirekten Verantwortung der USA in Zentralamerika und weiten Teilen der übrigen Welt, sollten wir nicht den Teil der Verantwortlichkeit übersehen, der auf uns selbst, auf Europa fällt. Die USA sind aus Europa hervorgegangen. Sie haben, gerade was den Willen betrifft, sich alles Andersartige zu unterwerfen, in Europa entwickelte Einstellungen übernommen, diese gewiss auch transformiert.

Auch wir Schweizer können uns von einer Mitverantwortung nicht ausnehmen. Die Schweiz leistet in Zentralamerika gute Entwicklungshilfe, wovon ich mich in Nicaragua selbst überzeugen konnte. Aber es gibt auch die Kehrseite der Medaille. In Guatemala werden die bei uns hergestellten PC-7-Leichtflugzeuge gegen die indianische Zivilbevölkerung eingesetzt. Das weiss man – bzw. man könnte es wissen, wenn man es bloss wissen wollte –, und gleichwohl werden diese Flugzeuge nicht dem Verbot von Kriegsmaterial-Lieferungen in Spannungsgebiete unterstellt. Oft fördert unsere Aussenwirtschaftspolitik grosstechnologische Projekte, die an den Interessen der grossen Bevölkerungsmehrheit vorbeigehen oder diese sogar schädigen. So nimmt die eine Hand wiederum, was die andere gegeben hat. Die mehr und mehr totale Integration der Länder der Dritten Welt in den «freien» Weltmarkt bringt diesen keineswegs die Vorteile, von denen wir gerne reden, um beim Vorteil, den wir selbst daraus ziehen, das gute Gewissen bewahren zu können.

Auch uns kann es also schwer fallen, den Völkern der Dritten Welt ohne imperialen Anspruch in wirtschaftlicher, kultureller und ideologischer Hinsicht zu begegnen. Andererseits sind es zuwei-

len die Mechanismen desselben angeblich «freien» Weltmarkts, die in der Dritten Welt und bei uns vergleichbare – gewiss nicht identische! – Probleme schaffen. Ich denke etwa an die Folgen des weltweiten Agrargeschäfts für die Campesinos in der Dritten Welt und für die kleinen und mittleren Bauern bei uns.

Mit diesen abschliessenden Bemerkungen wollte ich auf Umstände hinweisen, die vielleicht erklären können, warum die Diskussion von Drittwelt-Fragen bei uns oft so schwierig ist. Irgendwie sind wir bei dem, was in der Dritten Welt geschieht, immer auch mit uns selber befasst. Darum bleibt das Thema unbequem. Gleichwohl sollten wir beim Thema bleiben, wegen der anderen und wegen uns selber. Kämen wir nicht auch bei uns selber weiter, wenn wir es lernten, die Sprache Lateinamerikas besser zu verstehen?

1 Eine Schilderung dieser Kaffee-Nationen findet sich etwa bei *Sergio Ramirez,* Balcanes y Volcanes, Managua 1983.

2 Vgl. *Wilhelm Bitter,* Die wirtschaftliche Eroberung Mittelamerikas durch den Bananen-Trust, Darmstadt 1971.

3 Vgl. etwa *Frank Niess,* Der Koloss im Norden, Köln 1984; *James Chace,* Krieg ohne Ende, Die Machtpolitik der USA in Mittelamerika (aus dem Amerikanischen), München 1985; *José Fuentes Mares,* Genesis del Expansionismo Norteamericano, México 1980.

4 Zitiert nach *J. Chace,* a.a.O., S. 24.

5 Vgl. etwa *Elise Marienstras,* Les mythes fondateurs de la nation américaine, Paris 1976.

6 *J. Chace,* a.a.O., S. 30 ff.

7 Vgl. etwa *F. Niess,* a.a.O., S. 47 ff.

8 Zitiert nach *F. Niess,* a.a.O., S. 49.

9 Ebenda, S. 50.

10 Eine differenzierte Analyse findet sich bei *S. Jonas Bodenheimer,* Guatemala: plan piloto para el continente, San José 1981.

11 *Claudia von Werlhof,* Prozesse von Unterentwicklung in El Salvador und Costa Rica, Saarbrücken 1975; *F. Nuscheler* und *J. Todt,* Struktur- und Entwicklungsprobleme Zentralamerikas, in: Handbuch der Dritten Welt, Band 3, 2. Auflage, Hamburg 1982, S. 20 ff.

12 *Hugo Assmann* (Editor), El Juego de los Reformismos frente a la Revolucion en Centroamérica, San José-Costa Rica 1981.

13 Diese Strategie wurde etwa im «Santa-Fé-Papier» für den Interamerikanischen Sicherheitsrat (Inc.) von 1980 empfohlen. Eine vollständige französische Übersetzung dieses Strategiepapiers wurde durch die CEAL (comité belge europe-amérique-latine) veröffentlicht, s. CEAL INFORMATION-bimestrial, n° spécial, décembre 1981. – Zur Analyse des «Santa-Fé-Papiers»: *Ana Maria Ezcurra,* La Ofensiva Neoconservadora. Las iglesias de USA y la Lucha Ideológica hace América Latina, Madrid 1982; *dieselbe,* Agresión idéologica contra la Revolución Sandinista, México 1983.

14 Eine wissenschaftlich besonders anspruchsvolle Analyse der Befreiungstheologie findet sich bei *Samuel Silva Gotay,* El Pensamiento Cristiano Revolucionario en América Latina y El Caribe, Puerto Rico 1983.

15 Hierzu: Tribunal Permante de los Pueblos, Sesión Guatemala, Madrid, 27–31 Enero 1983, Madrid 1984.

16 Terre des Hommes Deutschland/Médico International/Christliche Initiative El Salvador, Die Präsidentschaftswahlen in El Salvador (25. März 1984): Bericht der unabhängigen Beobachterdelegation; MA-Magazin, August 1984; ENFOPRENSA, Nachrichtenagentur, Zürich: Sonderausgabe Wahlen in Guatemala (Mai 1984) und Nr. 79 (29. Juni/5. Juli 1984).

17 Der Text stützt sich auf persönliche Beobachtungen des Verfassers, den Erfahrungsaustausch mit vielen anderen Wahlbeobachtern und die Presse Nicaraguas zur Zeit um die Wahlen. – Vgl. auch *Frank Niess,* Nicaragua nach den ersten freien Wahlen, Blätter für deutsche und internationale Politik, Dezember 1984, S. 1472 ff.

18 Tomás Borge Martínez, Die Revolution kämpft gegen die Theologie des Todes, Freiburg (CH)/Münster 1984.

19 *Jaime Wheelock Roman,* Entre la Crisis y la Agresión. La Reforma Agraria Sandinista, Managua 1984.

20 Zum Konflikt um Nicaraguas Miskito-Indianer s. NAHUA-Skript 5, Wuppertal 1984; eine gute Problemanalyse auch etwa bei *Pierre Vayssière,* Intégration et résistances des Indiens-Miskitos au Nicaragua, in: Amérique Latine, no. 16, jan.-mars 1984, Paris.

21 Vgl. «La Prensa» y la libertad de expresion en Nicaragua, Centro de Communicacion Internacional, Managua Abril 1983.

22 Amnesty International, Jahresbericht 1984, S. 244, Frankfurt 1984; einen ausgewogenen Bericht über die Situation der Menschenrechte in Nicaragua im allgemeinen findet sich bei *Peter R. Schneider,* Verletzen die Sandinisten in Nicaragua Menschenrechte?, in: Tagesanzeiger-Magazin, Nr. 44/1984, S. 40 ff.

23 Report of the National Bipartisan Commission on Central America, Washington January 1984. Dazu die kritische Analyse von *William M. Leo Grande,* Through the looking glass: the Kissinger Report on Central America, in: World Policy Journal, Volume I, No. 2, Winter 1984, S. 251 ff., New York.